

Konrad Epple

Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg
Wahlkreis Vaihingen

Prof. Dr. Andrea Wechsler

Kandidatin für die Landtagswahl
im Wahlkreis Ludwigsburg

Tobias Vogt

Kandidat für die Landtagswahl
im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen

Stuttgart, 17. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Flaig,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021. Untenstehend finden Sie unsere Antworten:

A. Zukunftsfähige Mobilität

Zum Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehr setzen wir auf einen technologieoffenen Wettbewerb, um die besten Lösungen für die einzelnen Mobilitätsbereiche zu finden und zielgenau umsetzen. In unserem Baden-Württemberg wurde sowohl das Auto, als auch das Fahrrad erfunden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmerinnen und Unternehmer werden zukünftig zwischen Batterie-Elektromobilität, Brennstoffzelle und synthetischen Kraftstoffen das für ihren Lebens- und Arbeitsbereich richtige Antriebssystem auswählen können. Die Digitalisierung wird auch den Verkehr massiv verändern, indem sie eine bessere Vernetzung aller Verkehrsträger ermöglicht. Deshalb wollen wir eine Mobilitätsplattform einrichten, die ÖPNV und Individualverkehr verknüpft. Ebenfalls setzen wir uns für eine Elektrifizierung der Schienenstrecken in Baden-Württemberg ein. Den Busverkehr sehen wir als Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche. Allerdings lohnen sich gerade auf dem Land getaktete Busverkehre oft nicht. Daher möchten wir auf automatisierte und bedarfsorientiert fahrende Shuttle-Busse setzen, die Menschen etwa von ihrem Wohnort zum nächsten Bahnhof bringen. Die Forschung zur Entwicklung und Beschaffung solcher Busse wollen wir fördern. Zu guter Letzt wollen wir die Fahrrad-Infrastruktur verbessern und ausbauen. Radwege sollen, wo immer möglich, baulich von Auto- und Fußgängerkehr getrennt werden. Sie müssen auch in Zukunft bei jedem Straßenbauprojekt mitgedacht werden – ebenso wie Fußwege.

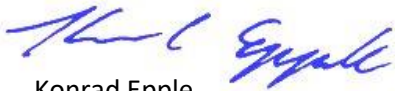
B. Artenvielfalt in der Agrarlandschaft

Wirksamer Umwelt- und Artenschutz kann nur mit der Landwirtschaft und der Wirtschaft gelingen. Im August 2020 wurde das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg geändert. In § 22 wird darin neu festgelegt, dass 15 % der Landesfläche bis 2030 zur landesweiten Biotopverbundfläche entwickelt werden muss. Wir als CDU sagen, dass Baden-Württemberg ein Land der Artenvielfalt und der vielfältigen Landschaften ist. Deren Erhalt ist von elementarer gesellschaftlicher Bedeutung und ein Generationen-Auftrag, den es umsichtig und verantwortungsvoll wahrzunehmen gilt. Ohne den persönlichen Einsatz, die Bereitschaft zur Kooperation und ohne die Technologie und das Know-how der Bewirtschafter lässt sich Naturschutz in Baden-Württemberg nicht verwirklichen. Der Umwelt- und Artenschutz ist aber nicht nur Sache der Landwirtschaft. Umwelt- und Artenschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn das Bienen- und Insektensterben bedrohen das ökologische Gleichgewicht in Baden-Württemberg. Daher arbeiten wir an dem Ziel, in allen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg mindestens ein Biotop einzurichten, so dass ein landesweites Netz von Lebensräumen entsteht, das der Tierwelt zugleich als Wanderkorridor dient. Dabei wollen wir den Flächendruck nicht erhöhen, sondern nicht nutzbaren Grund in Biotope umwandeln. Die Bäuerinnen und Bauern Baden-Württembergs, mit ihren kleinen und mittelständischen Familienbetrieben, stehen für eine regionale und nachhaltige Wirtschaftsform, die den Respekt unserer Gesellschaft verdient. Wir wollen die Schwerpunkte der Lebensmittelerzeugung mehr auf regionale und saisonale Angebote legen, um die Transportwege zu verkürzen und die Umwelt-Belastung zu verringern. Dies bedeutet auch eine Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe. Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Wert einer erzeugernahen Lebensmittelversorgung noch besser zu vermitteln, planen wir den Einsatz der Qualitätssiegel (QZBW und BioQZBW) des Landes weiter verstärken. Darüber hinaus können wir uns ein neues Qualitätssiegel für in Baden-Württemberg erzeugte Produkte vorstellen. Eine verantwortungsbewusste Landwirtschaft, die auf Tierschutz und gesunde Tiere setzt, ist auch die Grundlage einer gesunden Ernährung. Die heimischen Bauernhöfe wollen wir deshalb künftig mit einem landesweiten „Zukunftsplan Tierwohl“ unterstützen und auf die Einführung eines europaweit festgeschriebenen, verpflichtenden Tierwohllabels hinwirken. Rund 40 Prozent der Fläche Baden-Württembergs sind Waldflächen. Der Erhalt der Wälder ist angesichts des Klimawandels von entscheidender Bedeutung. Mit dem „Notfallplan Wald“ fördert die CDU eine schnelle und zielgerichtete Wiederaufforstung. In dem von uns geführten Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wird aktuell die Waldstrategie 2050 für Baden-Württemberg erarbeitet. Damit unsere Forstwirtschaft zukunftssicher bleibt, setzen wir uns für eine dauerhafte Unterstützung für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Form einer Klimaschutz- und Wiederbewaldungsprämie in Höhe von 100 Euro je Hektar über die nächsten dreißig Jahre ein. Zur Artenvielfalt gehören auch engagierte Jägerinnen und Jäger für die Kontrolle des Wildtierbestandes. Immer neue Einschränkungen des Jagdrechts lehnen wir deshalb ab.

C. Nachhaltiges Bauen und Wohnen

Die Bereitstellung von bezahlbarem, und umweltfreundlichem Wohnraum bleibt ein drängendes Thema. Daher möchte das CDU-geführte Wirtschaftsministerium durch die Wohnraum-Allianz den Bau von Wohnraum in Stadt und Land erleichtern. Kommunen müssen bei der Ausweisung von Bauland weiter unterstützt werden. Gegenüber dem Bund wollen wir uns dafür einsetzen, das Baukindergeld auch über den 31. März 2021 hinaus zu gewähren. Sollte es keine Einigung mit dem Bund geben, wollen wir ein Baukindergeld des Landes in Höhe von 1.200 Euro je Kind und Jahr über einen Zeitraum von zehn Jahren eingeführt. Ferner setzen wir uns für eine Novellierung der Grunderwerbsteuer auf Bundesebene ein; mit dem Ziel, die Steuerpflicht für den Ersterwerb bei Wohneigentum auszusetzen. Des Weiteren soll die Grunderwerbsteuer von fünf auf 3,5 Prozent gesenkt werden. Die Stärkung des sozialen Wohnungsbaues steht ebenfalls auf unserer Agenda. Der Bestand an Sozialwohnungen im Land ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Deshalb wird die CDU in der Wohnraumpolitik des Landes einen Schwerpunkt auf die Schaffung sozialen Wohnraums setzen. Damit das Leben auf dem Land attraktiv bleibt und sich Handwerk und Mittelstand auch in Zukunft hier wohl fühlen, werden wir weiter in die passende Infrastruktur investieren – und zwar im ganzen Land. Um die Präsenz staatlicher Strukturen und Einrichtungen in der Fläche zu verstärken, soll bei der Neuansiedlung von Behörden zudem der ländliche Raum künftig eine bevorzugte Rolle spielen.

Mit freundlichen Grüßen



Konrad Epple



Prof. Dr. Andrea Wechsler



Tobias Vogt